

## Schweden

RUTGER LINDAHL

Die geringe Wahlbeteiligung in den Europawahlen im Juni 1999 verdeutlichte auch in Schweden erneut die Notwendigkeit, Angelegenheiten der Europäischen Union für den Wähler attraktiver zu gestalten. Zahlreiche unterschiedliche Erklärungen für die geringe Wahlbeteiligung wurden von den schwedischen Medien präsentiert. Die – selbst von erklärten EU-Gegnern – am häufigsten angeführten Gründe machen das Verständnis der Europawahlen als zweitrangig (zusätzlich werden sie zu einer für Wahlen in Schweden unüblichen Zeit durchgeführt) wie auch das von den Medien häufig vermittelte Bild, das Europäische Parlament sei „kein eigenständiges Parlament“, dafür verantwortlich. Selbst wenn Gründe wie diese das öffentliche Desinteresse an den schwedischen Europawahlen fördern mögen, hatte wohl die nach wie vor bestehende Kluft zwischen Gegnern und Befürwortern der schwedischen EU-Mitgliedschaft viel stärkere Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung. Meinungsumfragen, die im Herbst 1999 durchgeführt wurden, zeigen, dass sich der Abstand zwischen den Gegnern (43%) und den Befürwortern (36%) im Vergleich zum Vorjahr vergrößert hat. Ein Fünftel der Wähler verfügt über keine klare Meinung. Damit ist die Möglichkeit zur Meinungsgestaltung – die in die entgegengesetzte Richtung führen könnte – gegeben.

Die schwedische Wirtschaft hat sich von der kritischen Situation zu Anfang der neunziger Jahre erholt. Das Vertrauen in eine zukünftig gute wirtschaftliche Entwicklung ist nicht nur seitens der Regierung, sondern auch in der Öffentlichkeit recht optimistisch. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts wird für das Jahr 2000 auf drei bis vier Prozent geschätzt und die starke Schwedische Krone konnte sich gegenüber dem Euro wie auch dem US-Dollar positionieren. Die Arbeitslosenzahlen wurden erfolgreich gesenkt, einige der fundamentalen strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes bleiben aber weiter bestehen. Im Allgemeinen ist die Prognose für Schweden recht gut. Seitens der Öffentlichkeit wird dies aber kaum als Verdienst der EU-Mitgliedschaft gewürdigt. Stattdessen werden der gute wirtschaftliche Trend in Schweden und die starke Krone von vielen als schlagkräftiges Argument gegen ein weiteres Engagement in der EU und die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) herangezogen. Einem harten Widerstand ausgesetzt sehen sich die Regierung, wie auch andere pro-europäische Akteure, in ihrer Aufgabe, die Schweden – oder zumindest eine Mehrheit von ihnen – von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft wie auch einer WWU-Teilnahme zu überzeugen. Die Regierung muss dabei berücksichtigen, dass sich die beiden Parteien mit denen

## DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

sie eng zusammenarbeitet (die Linke Partei und die Grüne Partei) für ein Zurückziehen Schwedens aus der EU ausgesprochen haben.

### *Schweden und die Wirtschafts- und Währungsunion*

Im Jahre 1999 haben drei vorwiegend ländliche Provinzen an der schwedisch-finnischen Grenze verlautbart, dass sie aufgrund praktischer wirtschaftlicher Erwägungen zur „Euro-Zone“ gehören wollen. Diese Initiative, die zumindest für einige Tage großes Aufsehen in den Medien erhielt, wurde aber vorwiegend als politische Kuriosität betrachtet. Ein breiteres Interesse in den Medien und der Öffentlichkeit richtete sich zur gleichen Zeit auf die Frage, wie die WWU in der regierenden Sozialdemokratischen Partei (SAP) behandelt wurde. Verschiedene Minister der Regierung erklärten ihre gegensätzlichen Ansichten hierzu in Zeitungsartikeln. Premierminister Göran Persson und andere führende Parteimitglieder enthielten sich öffentlicher Äußerungen, da sie die auf dem außerordentlichen Parteitag im März 2000 vorgebrachten Aussagen abwarten wollten, bevor sie ihre Meinungen äußern würden. Dennoch erklärte Premierminister Persson in einem Interview mit der *Financial Times* im November 1999, dass er die Teilnahme an der WWU – zumindest langfristig – als unvermeidlich für Schweden betrachte. „It is impossible for us to say no. We only have two options: Yes, we want to join now, or Yes, we want to join, not now but later.“ (*Financial Times*, 15.11.1999).

Dem außerordentlichen Parteitag der SAP ging ein Treffen des Arbeitsausschusses der Partei voraus. Als es zur Abstimmung kam, unterstützte die Mehrheit der Delegierten die Teilnahme Schwedens an der WWU; der Beitrittszeitplan sollte jedoch maßgeblich von dem Ergebnis eines Referendums abhängig gemacht werden und weitere wirtschaftliche Analysen – die richtungsweisend für Parlament und Regierung sein würden – berücksichtigen. Die Opposition gab sich ziemlich stark und ihre Argumente fanden umfassend Berücksichtigung in den Medien.

Auf dem Parteitag im März 2000 zeigten sich die WWU-Gegner äußerst aktiv. Als es zur Abstimmung kam, erwiesen sich aber wie erwartet die Befürworter als stärker. Nach siebenstündiger Debatte stimmten 234 der 350 Vertreter für und 113 gegen eine WWU-Teilnahme. Die Parteiführung erhoffte sich freie Hand in der Entscheidung, ob es zu einem Referendum über die WWU-Teilnahme kommen würde. Fast alle Delegierten stimmten jedoch für ein Referendum, dass der endgültigen Entscheidung des Parlaments vorgeschaltet werden sollte. Hier zeigt sich die Spaltung innerhalb der SAP, die in EU-Angelegenheiten im Allgemeinen und über WWU-Angelegenheiten im Speziellen besteht.

Jedoch ist nicht nur die SAP Schlachtfeld interner konflikträchtiger Ansichten zu EU und WWU. Die Spitzen aller politischen Parteien in Schweden sehen sich mit einer internen Opposition in diesen Fragen durch Gruppen innerhalb ihrer Parteibasis wie auch von prominenteren Parteimitgliedern konfrontiert.

Meinungsumfragen haben gezeigt, dass die öffentliche Meinung in Schweden über die WWU schwankt. Mal zeigen die Umfragen eine knappe Mehrheit für eine WWU-Teilnahme Schwedens, im nächsten Monat zeigen die Daten die umgekehrte

Situation. Ein recht großer Teil der Wählerschaft scheint sehr offen gegenüber Medienberichten zu EU- und WWU-Themen zu sein. Dadurch spitzt sich die Situation zu und die Wählerschaft wird als empfänglich für die Beeinflussung durch meinungsbildende Aktivitäten wahrgenommen. An dieser Stelle sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die die WWU-unterstützenden Entscheidungen – die nicht nur von der SAP, sondern auch von den Christdemokraten getroffen wurden – keine nennenswerte Beeinflussung der Wählermeinung hin zu einer positiven Haltung über die WWU hatten. Daher werden sich wohl viele Parteistrategen Gedanken machen, wie sich die Wähler beeinflussen lassen – vor allem die 20 bis 25% der Wähler, die sich noch nicht entschieden haben. Die Regierung hatte bereits 1999 entschieden, eine beträchtliche Geldsumme für Informationsstrategien zur WWU bereitzustellen.

Das bevorstehende Referendum in Dänemark und ein möglicherweise nicht so weit in der Zukunft liegendes Referendum in Großbritannien werden von schwedischen Meinungsgestaltern mit großem Interesse erwartet. Bis zur Initiierung des Referendums werden sich vor allem die EU- und WWU-Gegner organisieren. Die „Nein zur EU/Nein zur WWU“-Bewegung hat ihre Organisation wieder mobilisiert und bereitet aktiv die Propagierung eines „Nein“ in dem bevorstehenden Referendum vor. Wie zu Zeiten des Referendums über einen EU-Beitritt 1994 werden sich die Befürworter einer WWU-Teilnahme wahrscheinlich erst einige Monate vor dem Referendum organisieren und dann eine massive Kampagne starten, die sich vor allem an die Wähler ohne feste Meinung richten wird.

#### *Ein schwedischer Blick auf die alte und die neue Europäische Kommission*

Der Rücktritt der Santer-Kommission, die Amtseinsetzung Romano Prodis und die Initiativen zur Reform der Kommission wurden in den Medien mehrheitlich willkommen geheißen. Die Stimmen, die Kommissionspräsident Prodi kritisieren, nahmen jedoch zu. Beanstandet wurde eine Selbstüberschätzung in seinen Kompetenzen – vor allem in den Beziehungen zum Rat –, wie auch ein zu vages politisches Profil und dass den geweckten Erwartungen nicht entsprochen würde.

Die Präsentation von Frau Wallström als Kandidatin der SAP für einen Posten in der Prodi-Kommission wurde anfänglich nicht nur von den Oppositionsparteien kritisiert. Auch die die Regierung stützenden Parteien bemängelten, dass die Sozialdemokraten Vereinbarungen nicht nachgekommen seien, sich vor der Aufstellung mit den anderen tragenden Parteien zu besprechen. Nach der offiziellen Bekanntgabe, dass Frau Wallström verantwortlich für Umweltangelegenheiten sein würde, waren die Äußerungen jedoch generell positiv. Die Entscheidung, Umweltschutzanliegen einem Kommissionsmitglied anzuvertrauen, welches aus einem Land mit anerkannt hohen Standards und hohen Ansprüchen kommt, wurde als wegweisend für die zukünftigen Ambitionen der Kommission in diesem Bereich gewertet. Die Kommission erhält Unterstützung in ihrem Engagement für eine nachhaltige Entwicklung nicht nur von der Regierung, sondern durch alle Parteien, in Interessengruppen und der Öffentlichkeit.

Im Berichtszeitraum befand sich die Europäische Kommission in Schweden aufgrund unterschiedlicher Gründe im politischen Brennpunkt. Ein Grund dafür war die Mitteilung der Kommission an Schweden, dass spezielle Auflagen im Duty-free-Handel – besonders die Mengenangaben von Alkohol und Tabak betreffend – abgeschafft werden müssten. Eine solche Entscheidung wurde von der Mehrzahl der Schweden unterstützt. Die Regierung trat jedoch für die Aufrechterhaltung der Einschränkungen ein und erbat aufgrund von gesundheitlichen und steuerlichen Erwägungen die Kommission für eine Verlängerung der bestehenden Auflagen. Für Schweden wurde – wie auch für Dänemark und Finnland – eine Ausnahmeregelung bis 2003 getroffen.

In einem zweiten Fall, der großes Interesse auf sich zog, verweigerte die Kommission einer Fusion der zwei schwedischen Lastwagen- und Busersteller Volvo und Scania ihre Zustimmung. Die Kommission machte ihre Entscheidung, die unentschieden getroffen wurde, von den Auswirkungen auf den Markt abhängig, die eine solche Fusion mit sich bringen würde. Da eine Fusion dem neu entstandenen Unternehmen eine Beherrschung des nordischen Marktes zu 90% erlaubt hätte, entschied die Kommission zu Gunsten des Verbrauchers gegen ein solches Vorhaben. Anfänglich wurde diese Entscheidung in Schweden sehr kritisch aufgenommen, mit der Zeit wurden die Analysen jedoch vielfältiger und das Vorgehen der Kommission wurde als im Sinne der EU-Verträge bewertet. Dennoch bleiben die Schwierigkeiten großer Unternehmen in kleinen Staaten bestehen, solange Markt verstanden wird als nationaler oder regionaler Markt und nicht als Binnenmarkt.

### *Schweden und die europäische Sicherheit*

Dem Thema der europäischen Sicherheit kommt in Schweden seit langem großes Interesse zu. Anfänglich beschäftigte es sich mit der Frage, ob sich schwedische Bündnisfreiheit (keine Mitgliedschaft in militärischen Bündnissen) und Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU vereinbaren lassen. Würde die EU-Mitgliedschaft langfristig zu einer Mitgliedschaft in der WEU und/oder der NATO führen? Oder würden auch in Zukunft die Unterschiede zwischen der Zusammenarbeit in Fragen europäischer Sicherheit im EU-Rahmen und der in den traditionell militärischen Bündnissen weiter bestehen?

Trotz der Tatsache, dass schwedische Peace-keeping-Truppen seit Jahren mit NATO-Einheiten zusammenarbeiten, wie z.B. auf dem Balkan, unterstützen Meinungsumfragen nach weniger als 20% der Schweden eine NATO-Mitgliedschaft. Lediglich die ziemlich kleine Liberale Partei spricht sich offiziell für die Unterstützung einer schwedischen NATO-Mitgliedschaft aus. Die bedeutenden bürgerlichen Parteien, die Moderate Partei und die Christdemokraten, bewahren ein schwächeres Profil. Eine enge Kooperation mit der NATO wird jedoch von der Mehrheit der politischen Parteien und der Öffentlichkeit unterstützt.

Auch wenn die Unterstützung für eine NATO-Mitgliedschaft eher gering ausfällt, sprechen sich 63% der Schweden für eine vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten aus. Offensichtlich erachten es immer

mehr Schweden für notwendig, dass sich die EU statt „Lähmung zur Handlung zum Frieden“ bereit findet. Das Desaster im früheren Jugoslawien in den frühen neunziger Jahren darf sich nicht wiederholen können. Die dominierende Haltung in Schweden scheint zu sein, die EU mit angemessenen Mitteln und Kompetenzen auszustatten, um beizeiten schneller und wirksamer in potenzielle Krisen vor deren Abgleiten in kriegerische Auseinandersetzungen eingreifen zu können. Damit befindet sie sich in einer Linie mit der schwedisch-finnischen Initiative, die den Weg zur Integration der Petersberg-Aufgaben (humanitäre Aufgaben, friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen) in den Amsterdamer Vertrag bereitete. Die Entscheidung des Europäischen Rats in Köln, die auf eine Verbesserung der EU-Kapazitäten in Krisenprävention und -management abzielte, wurde im Großen und Ganzen in Schweden mitgetragen. Nur die Grüne Partei protestierte gegen die Entscheidungen, die sie als provokative Militarisierung der EU verstand.

Die neuen politischen und militärischen EU-Gremien zur militärischen Krisenbewältigung, wie sie während des Helsinki-Treffens im Dezember 1999 vereinbart wurden, stießen auf praktisch keine Opposition. Das Ziel der EU, bis 2003 im Bedarfsfall in der Lage zu sein, eine bis zu 60.000 Mann starke Truppe bereitzustellen, wurde später durch einen gemeinsamen schwedisch-britischen Vorschlag ergänzt. Dieser sieht den parallelen Aufbau bedeutender nicht-militärischer Mittel zur Krisenprävention vor. Die nicht-militärischen Aspekte wurden lange von Schweden betont und gewannen in letzter Zeit verstärkt die Aufmerksamkeit und Unterstützung in Kommission und Parlament.

#### *Vorbereitungen der Präsidentschaft*

Erstmals wird Schweden die EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 übernehmen. Zwar präsentierte die Regierung bisher offiziell keine Prioritätenliste, eine Reihe von Fragen wird aber höchstwahrscheinlich weit oben auf der Agenda rangieren. Hierzu zählen Umweltschutzanliegen, ein verbesserter Verbraucherschutz, mehr Offenheit der EU-Entscheidungsverfahren, die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und die Reform der EU-Institutionen.

Beschäftigungsangelegenheiten wurden beizeiten auf die EU-Tagesordnung der schwedischen Regierung gesetzt. In den letzten Jahren verblassten – wie sich auch auf dem Gipfel von Lissabon zeigte – die anfänglichen Zweifel gegenüber einem erfolgreichen Engagement in diesen Fragen auf EU-Ebene. Bisher bildeten die mit einem schnellen Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten verbundenen Ängste hinsichtlich billiger Arbeitskräfte auch in Schweden keine Ausnahme. Diese Befürchtungen nahmen jedoch ab und wurden durch ein wachsendes Interesse am Ostseeraum ersetzt. Alle politischen Parteien sprechen sich für die Öffnung der EU für die drei baltischen Staaten zusammen mit Polen aus. Die schwedische Regierung tritt, gemeinsam mit der dänischen, entschieden für einen frühestmöglichen Beitritt dieser Staaten ein. Premierminister Göran Persson setzt sich – wie auch sein Vorgänger Carl Bildt – seit vielen Jahren für verbesserte politische und wirtschaftliche Beziehungen mit der Russischen Föderation ein. Absehbare Schwerpunkte während

der schwedischen EU-Präsidentschaft werden daher im EU-Erweiterungsprozess die Zusammenarbeit der Ostseeregion und der Aufbau neuer wirtschaftlicher, politischer und kultureller Brücken zwischen der EU und Russland bilden.

Die Minderheitsregierung der SAP kann die EU-Präsidentschaft in wirtschaftlich starken Zeiten vorbereiten. Die politische Situation ist jedoch schwächer als zu früheren Regierungszeiten, da die Regierung nicht mit der Unterstützung der Grünen Partei wie der Linken Partei in EU-bezogenen Entscheidungen rechnen kann. Beide Parteien sind entschiedene Gegner der EU-Mitgliedschaft Schwedens. Bislang konnten die bürgerlichen Parteien aufgrund innerer Auseinandersetzungen keine gemeinsame Front – als Alternative zur bestehenden Regierung – mobilisieren. Kürzlich mag sich hierzu jedoch eine Möglichkeit ergeben haben, da die beiden die Regierung stützenden Parteien Absichten geäußert haben, nach den nächsten Wahlen im Jahr 2002 gleichberechtigte Regierungspartner zu werden. Die Konsequenzen solcher Bestrebungen sind nicht voraussagbar. Werden die Grünen und die Linke Partei gewillt sein, ihre „Schweden gehört nicht in die EU“-Strategie zu opfern, oder hoffen sie auf ein entschiedenes „Nein zur WWU-Teilnahme“ im bevorstehenden Referendum? Die Aussage der Kommissarin Anna Diamantopoulou während ihres Besuchs in Stockholm im Frühjahr 2000 – selbst nach einem WWU-anschlägigen Referendum könne Schweden weiterhin vollberechtigtes EU-Mitglied bleiben – machte die Situation noch komplexer. Für Analytiker – Wissenschaftler, Journalisten, Finanzmarktexperten u.a. – eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten für interessante Studien. Den Führungseliten aller Parteien steht eine schwierige Zeit bevor, in der sinnvolle Strategien angeboten werden müssen, mit denen sie ihre Parteien sicher durch das bevorstehende Referendum und die Wahlkampagnen führen können. Von den Wählern wird erwartet, dass sie sich in Zeiten kontroverser politischer Diskussionen und einer vielschichtigen Problematik eine eigenständige Meinung bilden. In anderen Worten: Schweden steht eine harte Prüfung der Tragfähigkeit seines demokratischen Parteiensystems bevor.

### Anmerkung

Übersetzt aus dem Englischen von Isabelle Tannous, Ludwig-Maximilians-Universität München.

### Weiterführende Literatur

- Bernitz, U., Gustavsson, S. und Oxelheim, L. (Hrsg.), *Europaperspektiv 2000*, Santérus förlag, Stockholm 2000.
- Calmfors et al, *The EMU – a Swedish Perspective*, Kluwer Academic Publ., Dordrecht 1997.
- European Commission, *Eurobarometer; Report* Nr. 51, Brussels 1997.
- Johansson, K-M. (Hrsg.), *Sverige i EU*, SNS förlag, Stockholm 1999.
- Miles, L.S. (Hrsg.), *Sweden and the EU Evaluated*, Cassel Publ., London (erscheint 2000).
- Regeringsens skrivelse 1999/2000:60, Utrikesdepartementet, Stockholm.